

**Rede von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, anlässlich der Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953, Magdeburg, 17. Juni 2003**

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident! Meine Herren Präsidenten, Minister und Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber insbesondere Sie, verehrte Ehrengäste, die Sie uns heute als Zeitzeugen die Freude und die Ehre Ihrer Anwesenheit geben!

Wenn wir uns heute, am 17. Juni des Jahres 2003, an die Ereignisse vor 50 Jahren in der damaligen DDR erinnern, haben wir die Chance und die Möglichkeit, Tatsachen aufzuarbeiten, die uns bisher teilweise verborgen waren, und die Ereignisse von damals als einen Gedenktag unserer gemeinsamen, gesamtdeutschen Geschichte zu begreifen. Wir wissen es doch ganz genau: Die Menschen in Ost- und Westdeutschland haben die damaligen Geschehnisse in völlig unterschiedlicher Weise erlebt. Der 17. Juni wurde zum Feiertag für die einen und blieb ein Arbeitstag für die anderen. Diejenigen, die am 17. Juni 1953 in der DDR demonstriert hatten, mussten darüber möglichst schweigen und wie immer arbeiten, während diejenigen, die aus größerer Entfernung die Ereignisse beobachtet hatten, des 17. Juni gedenken durften und dafür frei bekamen.

Eine Auswertung der Reden, die in den vergangenen Jahrzehnten anlässlich dieses Tages gehalten wurden, würde einen aufschlussreichen Perspektivwandel während der letzten fünf Jahrzehnte ergeben. In der Erinnerung und im Bewusstsein der Menschen in beiden Teilen Deutschlands haben sich die Ereignisse von damals in sehr unterschiedlicher Weise eingepägt. Eine hoffentlich nicht signifikant-repräsentative Befragung unter Jugendlichen in allen Teilen Deutschlands soll ergeben haben, dass 83 % der Befragten mit dem Datum 17. Juni 1953 eigentlich nichts anfangen konnten. Dies sind Umstände, die die Zeitzeugen von damals und die Generation derjenigen, die sich noch persönlich daran erinnern können, als Aufgabe begreifen müssen.

Inzwischen stehen fast alle Archive für die wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung und die noch lebenden Zeitzeugen haben ihr Schweigen gebrochen, das sie sich zum Selbstschutz auferlegt hatten. In der letzten Zeit sind eine größere Zahl von Dokumentationen veröffentlicht worden und wissenschaftliche Aufarbeitungen erschienen, die eine eindrucksvolle neue Bewertung dieses historischen Datums begründen. Was auf der einen Seite als eine von außen induzierte faschistische Provokation diffamiert und auf der anderen Seite von Außenstehenden als machtvoller Volksaufstand eruiert wurde, erscheint uns heute als eine multifokale, aber unorganisierte, als eine emotional-sporadische, aber durchaus bewusste politische Protestbewegung gegen ein System staatlich gewollter Volksbeglückung. Die Phänomenologie der einzelnen Ereignisse ist inzwischen hinreichend aufgearbeitet und bekannt. In der letzten Zeit ist eine größere Zahl von Publikationen erschienen. Allein in Sachsen-Anhalt sind während der letzten Wochen etwa 80 Veranstaltungen diesem Ereignis gewidmet worden. Die politische Machtsicherung durch sowjetische Panzer konnte schon damals nicht verborgen werden; die Zahl der ohne oder mit Gerichtsurteil vollstreckten Todesurteile dürfte inzwischen einigermassen sicher ermittelt worden sein. Die Einordnung in

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

die gesamtpolitischen und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge und deren Wertung müssen wir auch für zukünftige Generationen bewahren.

Sie haben bereits darauf hingewiesen, Herr Landtagspräsident: Die Entwicklung, von der wir sprechen, begann schon eher; sie begann im Juli 1952, als von der SED der - ich zitiere - „planmäßige Aufbau der gesetzlichen Grundlagen des Sozialismus“ beschlossen wurde. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es ging nicht um die „gesetzlichen“ Grundlagen, sondern um gesetzmäßige Grundlagen, weil man glaubte, damit gleichsam ein allgemein gültiges historisches, gesellschaftspolitisches Naturgesetz zu erfüllen. Niemand wusste genau, was das sein würde, aber alle Berichte der damaligen Zeit verkündeten den Aufbau einer vollkommen neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Eigennutz, einer Gesellschaft ohne Ungleichheit und immer vollkommener sozialer Gerechtigkeit. Umgesetzt wurde das mit dem Beginn der Kollektivierung in der Landwirtschaft, der Strangulierung verbliebener Reste der Privatwirtschaft, der Einschränkung noch privater Handelsbetriebe und der staatlichen Reglementierung aller freien Berufe. Selbständige Unternehmer und Geschäftsleute galten als „kapitalistische Elemente“ und Reste einer Gesellschaftsordnung, die es zu überwinden galt. Sie bekamen als erste keine Lebensmittelkarten mehr und ihren Kindern wurde die weiterführende Schulbildung verwehrt.

Die Folge dieser und vieler anderer Maßnahmen, an die sich die Älteren noch erinnern werden, war die erste große Fluchtwelle in Deutschland, die damals auch zum Aufbau des Notaufnahmelandes Marienfelde führte, dessen 50-jährige Existenz nicht zufällig auch in dieses Jahr fällt. Das war damals schließlich selbst den sowjetischen Machthabern in Moskau zu viel. Die Spitze der DDR-Administration wurde Anfang Juni 1953 zum Rapport bestellt und musste eigene Fehler öffentlich zugeben. Die Rücknahme einzelner Entscheidungen wurde Anfang Juni als so genannter „Neuer Kurs“ deklariert. Arbeiter auf einigen Großbaustellen in Berlin forderten zunächst ab dem 15. Juni 1953 nichts anderes als auch die Rücknahme von Normerhöhungen, die zwischen 10 bis 30 % angeordnet worden waren. Als darauf nicht reagiert wurde, kam es am 16. Juni 1953 zu unabgestimmten Streikaktionen an vielen Stellen und am 17. Juni zu Demonstrationen, die dann sofort grundsätzliche politische Veränderungen zum Ziel hatten. Schon die Berliner Bauarbeiter skandierten auf der Straße: „Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein.“ Während von den Ereignissen aus Ostberlin durch die Berichte Westberliner Rundfunkanstalten viele Einzelheiten bekannt waren, gab es aus anderen Orten der ehemaligen DDR nur gerüchteweise Informationen, die keinen Gesamtüberblick ermöglichten.

Inzwischen wissen wir - es ist bereits gesagt worden -, dass es in über 700 Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR zu Demonstrationen und Streiks gekommen ist. Insgesamt - schätzt man heute - dürfte etwa eine Million Menschen damals daran beteiligt gewesen sein, etwa die Hälfte davon in der mitteldeutschen Wirtschaftsregion zwischen Leipzig, Halle und Magdeburg. Über 250 öffentliche Verwaltungsgebäude sind erstürmt worden, aus zwölf Haftanstalten wurden knapp 1 400 Häftlinge befreit, in Görlitz und Bitterfeld wurden die Bürgermeister abgesetzt und durch Arbeitervertreter ersetzt. Die wenigsten der damals Aktiven wollten Helden sein.

Ein Verwandter von mir - um nur ein Beispiel zu nennen - hat in einem kleinen Dorf bei Görlitz die DDR-Fahne vom Mast geholt und sie dem Bürgermeister auf die Schulter gelegt mit den Worten: Die kannst du dir jetzt mit nach Hause nehmen, wir brauchen sie nicht mehr. Dafür wurde er mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft. Nach neuneinhalb Jahren wurde er krank entlassen; wenige Monate später ist er verstorben.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Erst vor kurzem ist in einem Archiv das Originaltelegramm der Bitterfelder Arbeiter an die Regierung gefunden worden. In zehn Punkten forderten sie unter anderem: Rücktritt der Ulbricht-Regierung, Beseitigung der Schlagbäume und freier Reiseverkehr in Deutschland, Zulassung der im Westen befindlichen demokratischen Parteien, Wahl einer gesamtdeutschen Regierung, Freilassung der aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierten, Meinungs- und Pressefreiheit. Das bedeutet, es waren eindeutig politische Ziele.

Die Bezirke Halle und Magdeburg, das heißt Sachsen-Anhalt, waren ein Zentrum dieser Bewegung. Nach den Zählungen der Volkspolizei sind im Bezirk Halle 211 Betriebe bestreikt worden, im damaligen Bezirk Magdeburg 59 Betriebe. Allein in diesen beiden Bezirken sind damals etwa 150.000 Personen auf die Straße gegangen und haben demonstriert. Dass einer von denen, die damals in Bitterfeld gesprochen, sich vor die Arbeiterschaft gestellt und diese Ziele verkündet haben, heute unter uns ist, Herr Fröhlich, ehrt uns in ganz besonderer Weise.

Damals wurde mit von Ihnen, Herr Fröhlich, in Bitterfeld eine elfte Forderung angefügt, die in dem erhalten gebliebenen Telegramm nicht aufgeschrieben worden ist, nämlich die Forderung, dass das Deutschlandlied ab sofort auch unsere Nationalhymne sein solle.

Die hilflose DDR-Regierung flüchtete zur sowjetischen Militärkommandantur nach Berlin-Karlshorst, und diese reagierte, wie Sie wissen, prompt. In 167 der 217 Land- und Stadtkreise der ehemaligen DDR verhängte die sowjetische Militäradministration den Ausnahmezustand. 18 standrechtliche Erschießungen sind inzwischen belegt. Etwa 13 000 bis 15 000 Personen wurden festgenommen; verurteilt wurden von den DDR-Gerichten ca. 1 800 Personen, durch sowjetische Militärgerichte zwischen 500 bis 750 Personen.

Dass 1961 alle westlichen Bundesländer eine zentrale Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der DDR eingerichtet haben, hat es nicht wenigen ehemaligen Häftlingen ermöglicht, über ihr persönliches Schicksal später zu berichten. Innerhalb der DDR ist dies mit heimlicher Genugtuung registriert worden. Zu jedem Zeitpunkt konnten sich die um mehr Freiheit Kämpfenden in Ostdeutschland auf Unterstützung und Hilfe der Menschen in Westdeutschland verlassen. Alle, die Ostdeutschland freiwillig oder unfreiwillig verließen, fanden in Westdeutschland Hilfe und Unterstützung.

Es ehrt die Millionen westdeutschen Menschen, dass sie dies immer als selbstverständlich empfunden haben. Aber so selbstverständlich war es nicht, dass wir heute nicht auch daran erinnern sollten. Insofern ist der 17. Juni ein Tag unserer gemeinsamen Geschichte, nicht nur ein Tag gemeinsamen Erinnerns, sondern im besten Sinne des Wortes ein gesamtdeutscher Gedenktag.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Für die DDR-Führung gab es nur zwei öffentlich formulierte Konsequenzen: erstens nie wieder eine öffentliche Fehlerdiskussion zuzulassen und zweitens den Klassenkampf im Inneren durch ein ausgebautes System der Überwachung der eigenen Bevölkerung verstärkt und konsequenter fortzusetzen.

Genauso wenig wie später die Machthaber anderer sozialistischer Staaten war die DDR-Führung bereit zu akzeptieren, dass die von ihr regierten Menschen nicht bereit waren, sozial-utopischer Heilsversprechungen wegen auf persönliche Freiheiten zu verzichten. Viele der damaligen Aktiven haben harte Strafen und Repressalien hinnehmen müssen. Ich wiederhole hier, was ich vor wenigen Stunden dazu im Deutschen Bundestag gesagt habe: Sie mit einer Ehrenpension als Opfer von Unterdrückung und Willkür zu ehren, sollte uns in Deutschland ein lösbares Problem und eine gemeinsame Verpflichtung sein.

In der damaligen DDR kam es zu einer rigorosen ideologischen Aufarbeitung dieser

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Probleme.

Zu den größten Demütigungen, an die ich mich aus dieser Zeit persönlich erinnere, gehörte die Aufforderung an mich, dass ich mich vor der gesamten Schülerschaft der damaligen Oberschule wegen meiner Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde öffentlich schämen und mich davon distanzieren sollte. Ich habe das zwar nicht getan, aber ich muss zugeben, dass ich dabei recht kleinlaut war und auf mich selbst keinen guten Eindruck gemacht habe.

Auch wenn die Aktionen am 17. Juni 1953 zunächst erfolglos blieben, hatten sie doch eine Langzeitwirkung. Es kam - Herr Landtagspräsident, Sie haben bereits darauf hingewiesen -, zu ähnlichen Aufständen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Sie fanden ihre Fortsetzung in der „Soliarnosc“-Bewegung in Polen und in der friedlichen Revolution des Jahres 1989. Auch über freiheitliche Bestrebungen in Russland wissen wir zwischenzeitlich viel mehr, als wir je geahnt hatten, nicht nur aus Solschenizyns „Archipel Gulag“, sondern auch von vielen anderen Zeitzeugen.

Die Diskussion heute, welcher Nationalfeiertag für uns nun eigentlich der bessere sei, halte ich für absolut müßig. Wir haben am 3. Oktober Grund, uns der Wiedererlangung der deutschen Einheit zu freuen, und wissen, dass dies Ergebnis einer Bewegung, einer Bemühung war, die am 17. Juni 1953 begonnen hat. Und wir hätten am 17. Juni Grund, uns darüber zu freuen, dass dieser Aufstand nicht erfolglos war, sondern dass er 36 Jahre später zur deutschen Einheit geführt hat.

Immer und überall waren diese Ereignisse ein Aufbegehren gegen die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte mit dem Ziel, eine angeblich größere und höhere soziale Gerechtigkeit in einer neuen Gesellschaft aufbauen zu wollen. Niemand, glaube ich, hat dies treffender umschrieben als Karl Popper in seiner Abhandlung über die „Offene Gesellschaft“: „Von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produziert stets die Hölle.“

Das Gesellschaftsexperiment DDR ist inzwischen Geschichte. Aber auch zukünftige Generationen werden mit dem Problem unserer Ungleichheit, mit sozialen Spannungen und Konflikten leben müssen. Niemals waren Menschen immun gegen politische Heilsversprechungen und sie werden es auch zukünftig nicht sein. Wenn wir auch keine perfekten Lösungen für die denkbaren Probleme der Zukunft haben, so sollten wir doch wenigstens vor einer Wiederholung der Irrwege der Vergangenheit warnen.

Dafür und dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben auch wir noch einiges zu tun. Vor wenigen Stunden hat uns der Herr Bundespräsident daran erinnert, dass es in den neuen Bundesländern noch mehr Straßennamen der damals Mächtigen gibt als derjenigen, die damals Opfer waren. Dies sind Probleme, die wir nicht bei anderen abladen können. Das sind Aufgaben, die wir lösen müssen.

Ich denke, es ist ein gutes Zeichen dafür, dass genau heute, am 17. Juni 2003, in Sandersdorf das Gemeindehaus den Namen von Paul Othma erhält, der damals zu denen gehörte, die für die anderen auf die Straße gegangen sind, um mehr Freiheit in Bitterfeld, aber auch für alle anderen zu erreichen.

Aus diesem Grund und aus vielen anderen Gründen müssen wir das Gedenken an die Ereignisse des 17. Juni nicht nur unter uns, sondern auch für zukünftige Generationen bewahren - bewahren als einen Tag des gemeinsamen Gedenkens an ein unterschiedlich erlebtes Ereignis, aber ein Ereignis unserer gemeinsamen Geschichte. Wenn uns das gelingt,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

dann werden die Opfer und auch das unsägliche menschliche Leid von damals nicht umsonst gewesen sein. - Ich danke Ihnen.

*[Quelle: Gedenkveranstaltung des Landtages zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 1953. Parlamentarische Schriftenreihe Heft 23, hrsg. vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2003, S. 10-17.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---